



Für Nachhaltigkeit und Atomenergie, für Menschenrechte und eine Partnerschaft mit Russland. Robert Goebbels geht Konflikten nicht aus dem Weg.

(Foto: Raymond Klein)

ROBERT GOEBBELS

"Ein intelligenter Energie-Mix"

woxx: Welcher Job gefällt Ihnen besser: Der des Luxemburger Energieministers oder der des Energieexperten bei den europäischen Sozialdemokraten?

Robert Goebbels: Das sind zwei sehr verschiedene Funktionen. Ich bin gerne Energieminister gewesen, weil man als Minister direkt auf die Dinge einwirken kann. Nicht jeder war seinerzeit mit meinen Entscheidungen einverstanden, aber ich habe manches voran gebracht: die Gas- und Dampfturbine in Esch-Belval und die ersten Windräder zum Beispiel. Die Arbeit im Europaparlament dagegen ist wichtig, weil dessen Entscheidungen ins nationale Recht der 27 Mitgliedstaaten umgesetzt werden. Allerdings hat das Parlament im Energiebereich nur konsultative Funktion, wir können also nur mit Berichten und Empfehlungen operieren.

Wie ist Ihr Positionspapier "Nachhaltige gemeinsame Energiepolitik für Europa" zustande gekommen?

Wir Europäischen Sozialdemokraten sind überzeugt, dass die Energiefrage ein zentrales Thema der kommenden Jahre wird. Heute verfolgt jedes Land seine eigenen Ziele - eine Pipeline mit Russland oder Abkommen mit afrikanischen Ländern. Stattdessen

wird eine gemeinsame Energiepolitik benötigt. Die gibt es zurzeit nicht, unter anderem weil es in den EU-Verträgen keine rechtliche Basis hierfür gibt. Das Positionspapier, das diese Forderung erhebt, habe ich im Auftrag der Europäischen Sozialdemokraten verfasst. Nachdem in allen Punkten Kompromisse gefunden waren, wurde es einstimmig von unserer Fraktion angenommen. Wir werden das Papier am 12. Januar Angela Merkel überreichen, die den Vorsitz der EU übernommen hat. Die Energiefrage steht im Mittelpunkt des Gipfeltreffens im März. Wir möchten, dass es endlich zu einer gemeinsamen Politik kommt. Selbst wenn das Wort "gemeinsam", im Sinne von "communautaire", für Länder wie Großbritannien nicht akzeptabel ist.

Warum ist die Energiefrage so dringlich? Denken Sie, dass die Ölvorräte ausreichen?

Ich glaube nicht, dass die Menschheit je den letzten Liter Öl aufbrauchen wird. Es gibt genügend Reserven, nur die Förderung wird einfach so teuer werden, dass sie sich nicht mehr lohnt. Beim Erdgas sind die nutzbaren Reserven größer, aber der Verbrauch steigt rasant an. Diese Verknappung macht die fossilen Energien problematisch.

Aber wir werden in den nächsten Jahrzehnten nicht ohne sie auskommen.

Müsste man nicht auf erneuerbare Energien umsteigen?

Ich bin wie jeder der Meinung, wir sollten so viel wie möglich auf alternative Energien setzen. Aber jeder, der sich damit befasst, weiß auch, dass wir den Energiebedarf Europas und der Welt in den kommenden 50 Jahren nicht allein mit alternativen Energien decken können. Wir werden wahrscheinlich niemals auf 100 Prozent erneuerbare Energien kommen. Angesichts der Abhängigkeit von den fossilen Brennstoffen benötigen wir einen möglichst intelligenten Energie-Mix. Dazu gehören

erneuerbare, aber auch fossile Energien.

In Bezug auf die Abhängigkeit von fossilen Energien erwähnt Ihr Positionspapier Erzeugerländer, "die von einem oligarchischen und kleptokratischen Regime ausgebeutet werden". Ist damit auch Russland gemeint?

Man kann Russland heute nicht mehr als Kleptokratie bezeichnen. Ohne Putin verteidigen zu wollen: Er hat ein paar Kleptokraten eliminiert.

... oder durch andere ersetzt.

Mag sein. Gewiss, Gazprom ist ein Staat im Staat, ein Instrument der russischen Interessenpolitik. Aber man kann voraussichtlich mit Gazprom zusammenarbeiten. Ob wir es wollen oder nicht, Russland bleibt unser Nachbar für alle Ewigkeit. Angesichts der riesigen Reserven an Gas und Erdöl liegt es im Interesse der EU, sich mit Russland zu arrangieren.

Ist eine Partnerschaft der EU mit dem russischen Regime denn vertretbar? Was ist mit den politischen Morden, mit dem Krieg in Tschetschenien?

Dass Tschetschenien ein Fleck auf Russlands Weste ist, will ich nicht wegdiskutieren. Doch unter Putin hat sich die Situation stabilisiert. Was gibt es an Alternativen? Ich kenne nur ein Erdöl förderndes Land, das eine weiße Weste in Sachen Menschenrechte hat: Norwegen. Auch wenn Russland kein Musterland der Demokratie ist, liegt es in unserem Interesse, mit Moskau zusammenzuarbeiten. Die Energieeffizienz der EU ist zehnmal besser als die russische. Wir können den Russen helfen, weniger fossile Ressourcen zu verschwenden und das Klima zu schonen. Immerhin beträgt der mittlere CO₂-Ausstoß pro Einwohner im Jahr für Russland 10,4 Tonnen - in der EU sind es nur 8,4.

Sie reden von Zusammenarbeit mit der russischen Führung. Wenn Sie aber, wie im Positionspapier vorgesehen, den Einfluss der Zivilgesellschaft fördern wollen, dürften Sie in Konflikt mit der Regierung geraten.

Bei der Energieversorgung sind wir auf die Zusammenarbeit mit kritikwürdigen Regimes angewiesen. Wir müssen uns daneben einsetzen für eine bessere "Gouvernance", für ein Mitspracherecht der Zivilgesellschaft.

Sie haben vorhin CO₂Einsparungen erwähnt. Robert

Goebbels galt einmal als Klima-Skeptiker. Sind Sie heute von der Gefahr des Klimawandels überzeugt?

Ich habe nie daran gezweifelt, dass sich das Klima verändert. Das ist seit Urzeiten so gewesen ...

Es geht um den vom Menschen verursachten Klimawandel.

Dass der CO₂-Ausstoß, der auf menschliche Aktivitäten zurückgeht, die Zusammensetzung der Erdatmosphäre verändert, wird immer offenkundiger. Ich bin kein Wissenschaftler, aber meiner Meinung nach besteht ein echtes Risiko, dass sich die Klimabedingungen stark verändern. Darauf müssen wir reagieren. Ich bin allerdings nicht ganz überzeugt, dass wir auf eine Klimakatastrophe zusteuern. Die Berichte der internationalen Experten laufen darauf hinaus, dass die Auswirkungen sehr verschiedenartig sein können und sich nicht genau vorhersagen lassen.

Ist das Kyoto-Abkommen die richtige Antwort?

Kyoto ist ein "Traité inégal". Man muss feststellen, dass das Abkommen derzeit auf den Schultern von weniger als 30 Ländern lastet. Das sind vor allem EU-Staaten, die weniger als 15 Prozent des weltweiten CO₂ ausstoßen. Das kann doch nicht sein. Hinzu kommt, dass in diesen Ländern die Belastung ausschließlich auf der Industrie liegt. Die USA, Japan und Australien müssen ähnliche Auflagen für ihre Industrien einführen - und auch China und Indien. Sonst wird in energieintensiven Sektoren wie Stahl- und Aluminiumerzeugung nur noch in Länder ohne CO₂-Auflagen investiert.

Von wem sollen die CO₂Einsparungen denn geleistet werden, wenn nicht von der Industrie?

Die Industrie hat bereits große Anstrengungen in Sachen Energieeffizienz unternommen. Nachholbedarf gibt es bei den Privathaushalten, in den Bereichen Wohnen und Verkehr.

Sie sprechen sich in dem Positionspapier für eine Harmonisierung der Treibstoffsteuern aus. Wollen Sie dem Tanktourismus in Luxemburg zu Leibe rücken?

Wir müssen uns bewusst sein, dass wir große Profite aus dem Tanktourismus ziehen. Wenn diese Ressource morgen wegfallen würde, müsste die Regierung - auch eine grüne Regierung - die Steuern um zehn Prozent anheben. Damit würden wir zwar unser Kyoto-Soll erfüllen. Global hätte sich aber nichts verändert, denn die Menschen in der Großregion würden immer noch ebenso viel Auto fahren und tanken - bloß nicht in Luxemburg.

Laut Marktgesetz dürften steigende Preise zu einer fallenden Nachfrage führen ...

Ich habe nicht den Eindruck, dass Preissteigerungen zu einem merkbaren Rückgang des Autoverkehrs führen.

Im Papier heißt es, in Sachen Kernenergie seien die europäischen Sozialdemo-

kraten geteilter Meinung. Was ist Ihr persönlicher Standpunkt?

Ich bin kein übereifriger Befürworter der Kernenergie, glaube aber, dass es ohne sie nicht geht. Wenn die Reaktoren der vierten Generation das halten, was sie versprechen, dann ist das Abfallproblem entschärft. In jedem Fall gibt eine Reihe von Ländern, die wieder auf die Atomkraft setzen als günstige Art, Strom zu produzieren ohne allzu viel CO₂ zu erzeugen. Im Sinne eines möglichst breiten Energie-Mix sollte man die Kernenergie nicht ausschließen.

Das Positionspapier kritisiert aber, dass überproportional viele EU-Forschungsgelder in den Bereich Kernenergie fließen.

Das kann ich unterschreiben. Wir haben in den vergangenen Jahren zu viel Geld in die Kernforschung gesteckt und zu wenig in die Entwicklung von erneuerbaren Energien. Um zusätzliche Ausgaben zu finanzieren, schlagen wir eine EU-weite Steuer auf Treibstoffe vor, deren Ertrag direkt in die Forschung nach erneuerbaren und sauberen Technologien investiert würde.

Ein Cent pro Liter Treibstoff, das ist sehr wenig. Wann kommt denn eine richtige Energiesteuer?

Zehn Milliarden Euro im Jahr, das wäre sehr viel Geld für das EU-Forschungsbudget. Doch es stimmt, diese Steuer hat keine Lenkungswirkung. Ich persönlich habe eine CO₂-Steuer - für Industrie und für Verbraucher - immer befürwortet. Doch schon der Vorschlag für diese geringe Steuer war in meiner Fraktion schwer durchzusetzen - manche Abgeordneten vertreten eine grundsätzliche "No taxes"-Position.

Sie sind einer der Energieexperten im Europaparlament. Demnächst dürfte die LSAP an der Reihe sein, einen Posten in der EU-Kommission zu besetzen. Heißt der nächste Energiekommissar Robert Goebbels?

(lacht) Das glaube ich nicht. Ganz ehrlich, die Frage habe ich mir noch nie gestellt. Dieser Posten wird 2009 frei. Ich habe schon bis 2010 einen "Nebenjob" angenommen, als Luxemburger Kommissar für die Weltausstellung in Shanghai. Was ich danach mache, weiß ich noch nicht.

Interview:
Raymond Klein

Zur Person

Energie hat er, der 62-jährige ehemalige LSAP-Minister Robert Goebbels. Nach den verlorenen 1999er-Wahlen von seiner Partei ins Europaparlament verbannt, gehört er zu den aktiveren der Luxemburger Abgeordneten. Ob als Transport-, Wirtschafts- oder Energieminister, während seiner Amtszeit von 1989 bis 1999 ließ er keine Gelegenheit aus, sich mit der heimischen Umweltbewegung anzulegen. Im Europaparlament ist Goebbels Vizepräsident der sozialdemokratischen Fraktion. Zusammen mit dem Österreicher Hannes Swoboda redigierte er das Positionspapier der Sozialdemokraten zur Energiepolitik (zu finden unter: www.robertgoebbels.lu).